

LÉGATION DE SUISSE

WASHINGTON 8. D. C.

J 41 - ZYPERN.

Pr/hu

den 14. Maerz 1956.

Politischer Bericht No. 27.

Herr Bundesrat,

Mein Mitarbeiter Probst unterhielt sich heute mit dem Laenderbearbeiter fuer Griechenland im amerikanischen Staatsdepartement, Chalmers B. Wood, ueber die letzten Ereignisse im Zypernstreit. W.'s Bemerkungen lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Das Staatsdepartement bedauert die unglueckliche Wendung, die die Dinge genommen haben und die schliesslich zur Exilierung von Erzbischof Makarios fuehrte, lebhaft. Noch vor zwei Wochen habe es geschienen, dass der britische Generalgouverneur und der griechische Erzbischof nach fuenf Monaten aeusserst schwieriger Verhandlungen sehr nahe vor einer Einigung stuenden. Entgegen allen Hoffnungen, die hieran geknuepft worden waren, und entgegen allen Ueberlegungen der Vernunft sei es dann ploetzlich zum Bruch gekommen. Der eigentliche Grund hierzu sei weniger im Materiellen als im Psychologischen, in der verschiedenen Wesensart von Briten und Griechen zu suchen. Beide Parteien seien an sich schon durchaus einig darueber gewesen, dass fuers erste in Zypern moeglichst rasch eine repraesentativ aufgebaute Selbstregierung errichtet werden muesste, aus der dann graduell die Selbstbestimmung herauswachsen koennte. Auch ueber die Einzelheiten der Selbstregierung sei bereits weitgehend Uebereinstimmung erzielt worden. Den Stein des Anstosses, ueber dem es zum Bruch kam, sei indessen im wesentlichen die

Herrn Bundesrat M. Petitpierre,
Chef des Eidg. Politischen Departements,
B e r n .



Forderung gewesen, dass das griechische Volkselement im kuenftigen Parlament ueber eine aus Wahlen hervorgegangene, der Bevoelkerungsstruktur entsprechende, verfassungsrechtlich gesicherte Mehrheit sollte verfuegen koennen. Materiell haetten zwar auch in diesem Punkt kaum mehr Differenzen bestanden. Woran es aber fehlte, sei "das Zement des gegenseitigen Vertrauens" gewesen. Die Briten haetten ihre Einwilligung zur geforderten Mehrheitsvertretung des griechischen Volksteils muendlich erklart; doch haetten sie sich geweigert, dies auch in schriftlicher Form zu tun, da sie in die griechische Diskretion kein Vertrauen hatten und befuerchteten, die Nachricht koennte zu den Tuerken durchsickern, wodurch eine Gegenaktion Ankaras provoziert worden waere. Den Griechen dagegen fehlte das Vertrauen in das britische Wort, weshalb sie auf einer eindeutigen, schriftlichen Fixierung bestanden. Dieser gegenseitige Mangel an Vertrauen habe sich leider nicht ueberbruecken lassen. Als entscheidendes weiteres Hemmnis sei das Problem der Terrorakte hinzugekommen. Die Briten haetten sich auf den Standpunkt gestellt, es koenne zur endgueltigen Einigung formell erst dann geschritten werden, wenn Makarios seinen Einfluss dafuer einsetze, dass die Gewalttaetigkeiten ein Ende nehmen. Makarios seinerseits sei - nach unseres Gewaehrsmannes Ansicht zu Unrecht - von der fixen Idee ausgegangen, dass die britische Kompromissbereitschaft nur durch die Fortsetzung des terroristischen Druckes wachgehalten werden koenne. Am Ende ihrer Geduld angelangt, haetten sich die Briten schliesslich zur Exilierung von Makarios hinreissen lassen.

- 3 -

In seiner Kommentierung der Ereignisse bemuehte sich W. sichtlich, eine eigentliche Kritik am britischen Vorgehen zu vermeiden. Das gestrige Einschreiten des britischen Botschafters in Washington, der vom Staatsdepartement Erklarungen darueber verlangte, wie der amerikanische Botschafter in Athen dazu komme, dem griechischen Aussenminister den "sympathetic concern" Amerikas zum Ausdruck zu bringen, war offenbar noch in zu frischer Erinnerung. Ein gewisser Missmut ueber die Schroffheit des britischen Vorgehens in Zypern blieb aber bei unserem amerikanischen Informator doch unverkennbar. Das Staatsdepartement ist - wie W. bemerkte - namentlich wegen der gefaehrlichen Auswirkungen, die die Zypernsituation auf den Zusammenhalt des Balkanpaktes und auf das gute Funktionieren der NATO im oestlichen Mittelmeer haben koennte, besorgt. Soweit sich schon heute urteilen lasse, scheint sich die Exilierung von Makarios als Fehlschlag zu erweisen. Die USA sind von Grossbritannien - wie schon der Presse zu entnehmen war - hierzu nicht konsultiert worden. Auf der einen Seite habe dies den Vorteil, dass Amerika der Mitverantwortung enthoben sei. Auf der anderen Seite haette aber das Staatsdepartement gegebenenfalls wahrscheinlich doch seine Zweifel an der Zweckmaessigkeit der britischen Absichten geaeussert.

Zur Frage, ob die fuer Grossbritannien verhaengnisvolle Entwicklung der Dinge in Jordanien fuer die Demonstration britischer Macht in Zypern motivierend gewesen sein koennte, wies W. vorerst darauf hin, dass dies von Eden kategorisch in Abrede gestellt worden sei, fuegte aber bei, dass sich die damit verbundene erhoechte Spannung jedenfalls doch indirekt auf den Zypernentscheid ausgewirkt haben koennte.

- 4 -

Wie unser Gewaehrsman aberschliessend bemerkte, wird das Zypernproblem mit Gewalt nie befriedigend geloest werden koennen. Also muss es auf dem Verhandlungsweg geregelt werden. In diesem Sinne haben die USA - wie Sie wohl auch schon der Presse entnahmen - den "streitenden Freunden" ihren Beistand zur Erzielung einer gerechten Loesung angeboten. Die amerikanischen Bemuehungen wuerden sich dabei gemaess W. wohl vor allem zur Wiederherstellung des gegenseitigen Vertrauens in der psychologischen Sphaere zu entfalten haben.

Mein Mitarbeiter hatte gleichentags Gelegenheit, mit dem griechischen Geschaefstraeger Cavalierato zu reden. Dessen Informationen bestaetigten den Eindruck, dass die Sympathie des Staatsdepartements heute - obwohl auch an Makarios gewisse Kritik geuebt wird - doch im wesentlichen auf griechischer Seite sind. C. glaubt, dass sich die Exilierung des Erzbischofs fuer die Briten auf die Dauer als Bumerang erweisen wird. Doch sei die unmittelbare Gefahr fuer die innere Lage Griechenlands, wo die Ereignisse auf Zypern von den Kommunisten intensiv zur Agitation gegen die westlich orientierte Athener Regierung missbraucht werden, nicht zu uebersehen. Hier liegt in den Augen unseres griechischen Gespraechspartners fuer den Moment das groesste Risiko.

In einer Unterhaltung, die ich selbst mit dem fran-zoesischen Botschafter hatte, kam dieser ebenfalls auf die Zypernfrage zu sprechen. Er verurteilt das britische Vorgehen scharf und glaubt, dass es lediglich durch innenpolitische Erwaegungen motiviert gewesen sei. Eden habe sich den Anschein eines starken Mannes geben wollen, um sein Prestige wieder aufzurichten. Methoden wie die Exilierung von Makarios seien aber

- 5 -

einfach nicht mehr zeitgemaess. Man habe es deutlich genug im Falle des Sultans von Marokko erkennen koennen, den Frankreich wieder habe zurueckholen muessen.

Genehmigen Sie, Herr Bundesrat, die Versicherung meiner ausgezeichnetsten Hochachtung.

